# Wilsdruffer Tageblatt

**Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.**

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

**Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend**

Postboten und unsere Austräger nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreis: die 5 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

**Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6**

**Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.**

Nr. 32. — 87. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | **Wilsdruff-Dresden** | Postscheck: Dresden 2640 | **Dienstag, den 7. Februar 1928**


## Der Kampf um das Washingtoner Abkommen.

Die lange Leidensgeschichte, die das Washingtoner Abkommen über die Einführung der „grundsätzlich" achtstündigen Arbeitszeit (oder 48 Arbeitsstunden wöchentlich) in den fast neun Jahren seines Daseins durchlebt hat, weist jetzt ein neues Kapitel auf: die englische Regierung hat dem Internationalen Arbeitsamt mitgeteilt, sie sähe sich vorläufig nicht in der Lage, das Abkommen dem Parlament zwecks Ratifikation vorzulegen. Begründet wird dies mit der schwierigen wirtschaftlichen Lage in England, die eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf acht Stunden verbiete. Natürlich war die Entrüstung darüber in Genf sehr groß, da durch diese Stellungnahme der englischen Regierung auch die anderen in Frage kommenden Länder, besonders Deutschland, Belgien und Frankreich, an der Ratifikation gehindert werden, jene Leidensgeschichte vermutlich also noch viel länger werden wird.

Allzu überraschend ist das aber nicht, denn die englische Regierung hat schon einmal, nämlich gleich nach dem Ende des großen Bergarbeiterstreiks, das gleiche mitgeteilt, und als sich in London der deutsche, der englische, der französische, der belgische und der italienische Arbeitsminister trafen, hat man sich auch nur über die Auslegung des Abkommens unterhalten, nicht aber über die Ratifikation. Und nur durch diese erhält es gesetzliche Kraft für das Land, das dieses Abkommen annimmt. Strittig ist aber schon, ob ein Land die entsprechenden Gesetze, die die Bestimmungen des Abkommens in die Wirklichkeit umsetzen, vor der Ratifikation erlassen muß oder erst hinterher seine Gesetze diesem Abkommen anzupassen hat. Deutschland scheint den ersten Weg zu wählen und ist auf diesem schon sehr weit vorwärtsgegangen, während z. B. Italien erst vor nicht allzulanger Zeit durchgehends den Neun-Stunden-Arbeitstag eingeführt hat. Nun gestattet das Abkommen überhaupt sehr große Ausnahmen von der achtstündigen Arbeitszeit; die Bestimmungen darüber sind so dehnbar und auslegungsfähig, daß von dem ursprünglichen Grundgedanken herzlich wenig übrigbleibt. Daher haben sich eine Reihe von Staaten zwar „grundsätzlich" auf den Boden des Abkommens gestellt, halten es damit aber durchaus für vereinbar, daß es auf ganze Industriegruppen keine Anwendung findet. Die einzige Ausnahme darin ist Deutsch-Österreich, wo nirgends mehr als acht Stunden gearbeitet werden darf! Man muß sich aber daran erinnern, daß z. B. in England nach dem Bergarbeiterstreik eine Verlängerung der Arbeitszeit erfolgte, die sicherlich sobald nicht wieder rückgängig gemacht wird.

Noch komplizierter wird das alles dadurch, daß verschiedene Staaten ihre Geneigtheit zur Ratifikation des Washingtoner Abkommens zwar bekundet, aber an die Vorbedingung geknüpft haben: erst müssen mehrere andere unterschreiben. Dazu kommen noch jene oben angedeuteten Auslegungs- und Ausdehnungsmöglichkeiten und schließlich noch die ausdrücklich kundgegebene Absicht, bei sich die im Abkommen vorgesehene Kontrolle des Internationalen Arbeitsamtes darüber nicht zu dulden, ob und wie es nun — nach der Ratifikation — wirklich auch durchgeführt wird. Man sieht also, mit welch' gewaltigen Schwierigkeiten die Väter und Wegbereiter des Washingtoner Abkommens zu kämpfen haben, wobei vielleicht das merkwürdigste ist, daß es dort, wo es entstand, nämlich in Amerika, am härtesten bekämpft wird. Nicht zuletzt aus diesem Grunde ist auf die baldige allseitige Durchführung gar nicht zu rechnen.

## „Eine blendende Fassade."

**Die Staatsanwaltschaft über Julius Barmat.**

Nach den mehr als einjährigen Untersuchungen im Prozeß gegen die Brüder Barmat beginnen jetzt die Plädoyers der Staatsanwälte, die mehrere Wochen dauern werden.

**Vor März ist das Urteil erster Instanz nicht zu erwarten.**

Der Barmat-Prozeß ist der größte, den ein deutsches Gericht jemals geführt hat.

Während die Öffentlichkeit sich für den Prozeß lange Zeit nicht mehr interessiert hat, weil er allzulange dauert und die Materie sehr schwierig war, findet man jetzt wieder

**überfüllte Zuschauertribünen,**

zahlreiche Stenographen und eine im Gerichtssaal ungewohnte Rednertribüne, die das Forum als ein Parlament erscheinen läßt.

Staatsanwalt Trautmann eröffnete den Reigen der Plädoyers: In der Öffentlichkeit sei wiederholt die Frage laut geworden, wie es möglich war, daß dieser Prozeß so lange Zeit und Dauer einnehmen konnte. Die Mitarbeiter bei dieser Verhandlung wußten jedoch, daß es nötig war, den Prozeß in dem von der Staatsanwaltschaft gesteckten Rahmen durchzuführen, denn eine andere Verhandlungsart hätte der Materie und den Angeklagten nicht gerecht werden und zu keinem gerechten Urteil führen können. Von Politik habe man sich, wie das für ein Gericht selbstverständlich ist, ferngehalten. Dann ging der Staatsanwalt auf die Persönlichkeit Julius Barmats, des meistgenannten von den vier Brüdern, ein.

Der Nimbus eines ungeheuer reichen Mannes, der um Barmat gewoben war, so führte der Staatsanwalt aus, ist jetzt verschwunden, der Glanz seiner Persönlichkeit ist verblaßt, und der große Konzern, der seinen Namen trug, ist zusammengebrochen. Jetzt steht Julius Barmat in seiner wahren Gestalt vor uns, wir wissen nun, was wir von ihm und seinen Helfern zu halten haben, wir kennen seine Ziele und Wege und wissen, daß er vom Pfade des Rechts abweichen mußte. Er hat dabei außerordentlich schwerwiegende strafbare Handlungen begangen.

Oberstaatsanwalt Dr. Trautmann gab dann eine Charakteristik des Hauptangeklagten, den er als einen

**ungewöhnlich klugen Geist**

und eine undurchsichtige Händlernatur voller Verschlagenheit und spekulativischer Energie kennzeichnete. Er hatte Gelder über Gelder geliehen und die Gesamtübersicht zeugte von einem phantastischen Umfang seiner Kredite. Die Listen wären noch länger geworden, wenn nicht der Staatsanwalt eingegriffen hätte. Damals wiesen sie schon 38 Goldmillionen als Schuldsumme auf. Barmat sei es gelungen, sich als den Mann hinzustellen, der gewaltiges Vermögen besaß; alles sei jedoch nur gut aufgezogene Regie und eine blendende Fassade gewesen.

**Mit 100 Goldmillionen**

sei Barmat von der deutschen Steuerbehörde veranlagt worden und habe selbst nur 844 000 Gulden besessen. Das Betriebskapital des Konzerns habe nur einige tausend Gulden betragen.

Der zweite Redner, Oberstaatsanwalt Rasch, verglich Barmat mit dem verstorbenen Hugo Stinnes. Julius Barmat hat sich auch selbst mit diesem Industriekapitän verglichen, aber der Stinneskonzern habe sich als gesund und lebensfähig erwiesen, während Barmat zusammengebrochen sei. Der Unterschied zwischen Stinnes und Barmat sei gewesen, daß im Gegensatz zu Barmat Stinnes die Inflation meisterhaft beherrscht und nur dort gekauft habe, wo die Schornsteine rauchten, während Barmat allerlei wertlose Unternehmungen nur deswegen gekauft habe, weil sie billig waren.

## Dr. Luther über Verfassungsleben.

**Vortrag in Düsseldorf.**

Bei den allgemeinen Kulturveranstaltungen der Stadt Düsseldorf sprach Reichskanzler a. D. Dr. Luther über das aktuelle Thema: „Aus dem Verfassungsleben der Gegenwart". In seinen Ausführungen umriß Dr. Luther in großen Linien die historisch bedingte Eigenart des Deutschen, die Entwicklung des Staatslebens und die damit verbundenen Höhepunkt in der Geschichte. Trotz der schweren Erschütterungen im Jahre 1918 nach Beendigung des Krieges und kurze Zeit später, während der Inflation, habe das Reich seine Feuerprobe bestanden. Nun stelle das Schicksal neue Probleme. Die Wirtschaft sei, da sie die Reserven, die sie vor dem Kriege besaß, noch nicht wiederhabe, und auch aus anderen Gründen sehr empfindlich.

Was sei zu tun? — Beeinträchtigung der Lebenshaltung der Bevölkerung müsse mit allen Mitteln vermieden werden. Nur grundsätzliche Einstellung auf Sparen könne Erfolg bringen. Der Staat müsse dem Volke mit gutem Beispiel vorangehen. In der öffentlichen Arbeit müsse man dazu kommen, die inneren Reibungen aus dem Wege zu räumen. Mit einer Müdigkeit dürfe man sich nicht zufriedengeben. Die augenblicklich vorhandenen drei verschiedenen Auffassungen hinsichtlich eines Staatsaufbaues, die unitaristische, die föderalistische und die allpreußische, müßten sich, wenn auch der einzelne Opfer bringt, vereinigen lassen. Wenn der redliche Wille vorhanden sei, werde man die Lösung finden. Voraussetzung sei eine Einstellung, die das Gesamtwohl über alles stelle. Dann dürfe man die Jugend und ihren Willen zur eigenen Gestaltung nicht vergessen. Zwischen Internationalismus und Übernationalismus liege der Scheideweg für das deutsche Volk. Nur von bewußter nationaler Grundlage aus könnten wir übernational erfolgreich wirken.

# Die deutsch-russischen Handelsbeziehungen

**Weiterer Ausbau.**

Nach einer amtlichen Veröffentlichung der russischen Regierung hat das zweijährige Bestehen des deutsch-russischen Abkommens von 1925 zu einer Reihe von Schlüssen berechtigt, die auf die Möglichkeit eines weiteren Ausbaues der Handelsbeziehungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland hinweisen. Die deutsche Regierung schlug der Sowjetregierung vor, die Ergebnisse der Anwendung des Vertrages von 1925 gemeinsam zu prüfen und für beide Teile erwünschte und annehmbare Maßnahmen zu entwerfen, die auf den ferneren Ausbau des Warenumsatzes zwischen beiden Ländern gerichtet sein sollen. Im Hinblick auf das Interesse der beiden Parteien an dieser Besprechung, die in diesem Monat in Berlin stattfinden soll, stimmte die Sowjetregierung dem Vorschlage der deutschen Regierung zu und entsandte zu diesem Zwecke das Mitglied des Kollegiums des Handelskommissariats, Schleifer, und den Chef der Abteilung für Vertrags- und Rechtsfragen des gleichen Kommissariats, Kaufmann, nach Berlin.

## Polens Antwort an Litauen.

Warschau, 6. Februar. Wie die Warschauer Korrespondenz der TU. erfährt, soll die beabsichtigte polnische Note an Litauen, deren Überreichung bereits vor einiger Zeit angekündigt wurde, erst kurz vor Beginn der Märztagung des Völkerbundes erfolgen, und zwar, um Woldemaras möglichst wenig Zeit für eine Antwort zu lassen. Von polnischer Seite will man, nach dem Mißerfolg der letzten Note, die polnisch-litauischen Verhandlungen wieder auf das Genfer Terrain verlegen, um dort mit Hilfe der Westmächte und unter dem Einfluß des Völkerbundsrates einen unmittelbaren Druck auf Litauen ausüben zu können. Aus diesem Grunde soll die polnische Note sehr kurz gehalten werden und die wichtigsten der von Woldemaras berührten Fragen vollständig mit Schweigen übergehen.

Die seitens der polnischen Regierung verfolgte Taktik geht ferner nach wie vor darauf aus, nur wirtschaftliche Momente in den Vordergrund zu schieben, um auf diese Weise unausgesprochen eine Anerkennung des gegenwärtigen Status quo durch Litauen zu gewinnen. Aus diesem Grunde wird die Note in versöhnlichem Ton gehalten sein und Schärfen vermeiden.

## Der portugiesische Staatspräsident ermordet?

Paris, 6. Februar. In Paris erhält sich hartnäckig das Gerücht, daß der Präsident der portugiesischen Republik und gleichzeitig Ministerpräsident Oarmona heute morgen 10 Uhr in Lissabon ermordet wurde. Demselben Gerücht zufolge soll alsbald danach in der Stadt die Revolution ausgebrochen sein. Die portugiesische Gesandtschaft in Paris war nicht in der Lage, dieses Gerücht zu bestätigen oder zu dementieren, so daß es immerhin mit großem Vorbehalt aufgenommen werden muß.

## Annahme der Freigabebill im Senatsausschuß.

Washington, 6. Februar. Der Gesetzentwurf des Repräsentantenhauses, der die Rückgabe des beschlagnahmten fremden Eigentums vorsieht, wurde heute vom Finanzausschuß des Senates mit einigen unbedeutenderen Abänderungen angenommen.

## Entführung Deutscher in China.

**Angebliche Gewalttat von Banditen.**

Die dauernden Unruhen in China haben nun auch mehrere Reichsangehörige in Schaden und Gefahr gebracht. Sogar der Tod einer Deutschen ist dabei zu beklagen. Aus Peking wird über den Vorfall gemeldet:

**Während eines Gottesdienstes Mitte Januar drangen hundert Banditen bei Tage in das Gebäude der deutschen römisch-katholischen Mission in Putschau ein und entführten nach einem Zusammenstoß, bei dem einige Chinesen getötet und verwundet wurden, drei deutsche Missionare und eine Nonne als Gefangene. Boten, die nach Tungtschangfu gesandt wurden, um ein Lösegeld von 60 000 Dollar für die vier Deutschen zu fordern, wurden verhaftet; darauf wurden Truppen zur Befreiung der Deutschen abgeschickt. Als die Truppen zum Angriff schritten, stellten die Banditen die Deutschen vor sich auf. Während des Kampfes starb die Nonne vor Aufregung. Ein Deutscher wurde verwundet.**

Ob mittlerweile eine Befreiung der deutschen Priester möglich war, ist aus den über London kommenden Meldungen nicht ersichtlich. Jedenfalls ist von den zuständigen Stellen zu erwarten, daß alle Mittel in Bewegung gesetzt werden, um Befreiung der Gefangenen und Sühne für die Freveltat zu erreichen.

## Die Spannungen im Zentrum.

**Erklärungen Imbuschs.**

Der westfälische Zentrumstag fand Sonntag in Hamm statt. Über die deutsche Innenpolitik sprach Reichstagsabgeordneter Dr. Schreiber. Er betonte die starken Gegensätze in der Kulturpolitik bei den Regierungsparteien. Die Reden Stegerwalds und Imbuschs deckten sich mit den im Reichsausschuß des Zentrums am 29. Januar in Berlin gemachten Ausführungen. Abg. Imbusch führte aus, die weitgehenden sachlichen Meinungsverschiedenheiten, die in der letzten Zeit in der Partei zutage getreten seien, könnten nicht mit einer schönen Erklärung aus der Welt geschafft werden. Er stellte ausdrücklich fest, daß die Differenzen noch nicht erledigt seien. Mit Erklärungen könnten sich die armen Leute kein Brot kaufen. Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, in der sich das westfälische Zentrum einmütig auf den Boden der Entschließung stellt, die am 29. Januar vom Reichsparteiausschuß in Berlin angenommen wurde.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF